



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische, finanzielle und soziale Verhältnisse in der nordamerikanischen Union.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische, finanzielle und soziale Verhältnisse in der nordamerikanischen Union.

Am 1. Juli hat die von der demokratischen Partei veranlaßte Extrasession des 46. Kongresses der Vereinigten Staaten ihr Ende erreicht, nachdem sie länger als 100 Tage gedauert, über eine Million Dollars gekostet und dem amerikanischen Volke nur wenig wahrhaft wohlthätige Gesetze gebracht hat. Von nahezu 3000 Bills, welche dem Kongresse zur Berathung vorgelegt wurden hat nur eine verhältnißmäßig sehr geringe Anzahl Gesetzeskraft erlangt, und eine noch geringere Zahl von Gesetzesvorlagen, die in der That in Wirksamkeit traten, kann als nutzenbringend für das Gemeinwohl bezeichnet werden. Zu diesen letzteren zählen, abgesehen von den durch die Regierung angeregten Budgetgesetzen, namentlich drei Gesetzesvorschläge, von denen der eine den Umtausch von silbernem Kleingelde gegen Schatzamtsnoten betrifft, der andere die Einschleppung von epidemischen Krankheiten zu verhüten bestimmt ist, der dritte endlich die gerade in Amerika so vielfach zum Gebrauche kommende Fiebermedizin, das China, von einem hohen Zolle befreit, aus welchem nur ein paar Engroszhändler einen Gewinn zogen, während derselbe auf der Masse des Volkes, vorzugsweise auf den ärmeren Schichten der Bevölkerung, als eine drückende Last ruhte. Bei weitem die meiste Zeit der kostspieligen und unerquicklichen Extrasession wurde mit politischen Parteistreitigkeiten, mit politischen Intriguen, mit Präsidentenwahlplänen, mit Schaffung von Kampagnematerial für das Jahr 1880 und mit bis jetzt glücklich abgeschlagenen Versuchen, dem Silber- und Papiergeldschwindel Thür und Thor zu öffnen, vergeudet. Die Hauptschuld hiervon trifft allerdings die Partei der Demokraten; sie waren es, welche durch Nichtbewilligung der Budgetvorlagen die Extrasitzung nothwendig machten und durch Hineinziehen ganz heterogener Fragen die Berathung dieser Vorlagen über Gebühr verzögerten und erschwerten. Leider ist auch wenig Aussicht vorhanden, daß die nächste, regelmäßige Sitzung des 46. Kongresses, welche im Dezember d. S. beginnt, eine besonders fruchtbringende sein wird, da die Demokraten, unterstützt von den „Greenbacklern“ oder Papiergeldleuten, auch in ihr die Majorität besitzen. Nach dem Ausfalle der Wahl in Californien und in dem Westchesterdistrikt von New-York zu schließen, wird die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhause allerdings etwas kleiner werden; auch ist es wenigstens eine Möglichkeit, daß das Resultat der diesjährigen Herbstwahlen in Iowa, Maine, Ohio, Massachusetts und einigen anderen Unionsstaaten die

Hoffnungslosigkeit einer besonderen Greenbackpartei so deutlich demonstriert, daß solche Greenbackler im Kongresse, die früher zu den Republikanern gehörten, sich eher wieder diesen zuwenden, als mit der zu den gewaltthätigsten Mitteln sich hinneigenden demokratischen Partei stimmen werden. Einen großen positiven Schaden braucht man mithin für die Union vom nächsten Kongresse nicht gerade zu fürchten; falls die demokratische Partei auch geneigt und stark genug wäre, ihn durch ihre gesetzgeberischen Maßregeln zu versuchen, so würde doch Präsident Hayes den Schild des Veto vorhalten und auf diese Weise, da die Demokraten über keine Zweidrittel-Majorität verfügen, das Uebel vom amerikanischen Volke abwenden. Aber soviel ist doch schon jetzt sicher, daß der im Dezember zusammentretende Kongreß auch nicht viel positiv Gutes und Heiliges schaffen wird. Seine Sitzung wird, wie die letzte, sich fast nur um Parteikämpfe drehen. Sein Thun und Lassen wird in der Hauptsache die nächste Präsidentswahl zum Gegenstande und vornehmsten Zwecke haben. Die nordamerikanische Union wird von jetzt an bis zum November 1880, ja vielleicht bis zum 4. März 1881, wo der neue Präsident in das „Weiße Haus“ einzieht, in zwei große politische Heerlager getheilt sein, die sich unerbittlich und aufs heftigste bekämpfen — ein Kampf, dessen Ausgang nicht vorhergesagt werden kann, und der möglicherweise die Vereinigten Staaten in die größten Gefahren stürzt. „Das sind schlechte Aussichten,“ schreibt die „Westliche Post“, ein angesehenes deutsch-amerikanisches Blatt, „und es ist ein schlimmes Zeugniß, wenn man sich sagen muß: Seien wir zufrieden, wenn wenigstens die Republik bestehen bleibt. Wenn ein Volk vor seinen Gesetzgebern ein Kreuz schlägt; wenn es froh ist, dieselben los zu sein; wenn es ihm genügt, daß dieselben wenigstens keinen positiven Schaden anrichten; wenn es auf jede nützliche und wohlthätige Gesetzgebung von vornherein verzichtet, dann ist das jedenfalls ein Beweis, daß etwas faul, sehr faul in unserm nationalen Leben sein muß.“

Fragen wir, worin die eigentliche Ursache aller dieser beklagenswerthen Zustände im politischen Leben der Vereinigten Staaten zu suchen ist, so ist als solche entschieden die blinde, die eigene bessere Ueberzeugung nur zu oft verleugnende Parteihänglichkeit auf der einen, und das ehrgeizige Bestreben absoluter Parteiherrschaft auf der andern Seite anzusehen. Es waren goldene Worte, welche der Präsident Hayes bei seinem Amtsantritte sprach: „Derjenige dient seiner Partei am besten, der dem Lande am besten dient“. Aber diese Worte wurden von vielen mißvergnügten, in ihren selbstsüchtigen Hoffnungen getäuschten Parteiführern mit Spott und Hohn aufgenommen. Das heutigetierige Demagogenthum wollte das korrupte und korrumpirende Parteitreiben nicht fahren lassen und suchte den opfermuthigen Patriotismus und

den unparteiischen Scharfblick des echten Staatsmannes zu verdächtigen und zu verkleinern.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß von verschiedenen Seiten eine Aenderung, beziehentlich Verbesserung des staatlichen Organismus der Vereinigten Staaten angestrebt wird. Allein bei diesem an sich wohlberechtigten Streben treten nur wiederum manche gefährliche Auswüchse und Abirrungen vom rechten Wege zu Tage. Wer nur einigermaßen ohne vorgefaßte Meinung den politischen Entwicklungsgang der nordamerikanischen Union verfolgt hat, wie er sich namentlich in den letzten Jahren abgespielt, der wird zugestehen müssen, daß sich das amerikanische Volk ohne die in seiner Bundesverfassung enthaltenen sogenannten Checks und Balances, d. h. die das Gleichgewicht zwischen der exekutiven und legislativen Macht herstellenden Bestimmungen, in einer äußerst üblen Lage befände. Wenn, wie es z. B. ein seit kurzer Zeit ins Leben getretener „Bund der Radikalen“ will, ein Haus der Repräsentanten allein die Gesetze gemacht und zugleich die Regierung geführt hätte, anstatt daß in dem ersten Falle der Senat gegenüber dem Repräsentantenhause, im andern der Präsident den beiden Kongreßhäusern gegenüber korrigierend und mäßigend eingriff, so würden sich die Amerikaner gegenwärtig in einem höchst elenden finanziellen Zustande befinden, und ihre politischen Parteiverhältnisse würden unzweifelhaft noch verwickelter und bedenklicher sein, als sie es sind. Welche Mängel die amerikanische Bundesverfassung auch haben mag — und sie hat sich bereits wiederholt als lückenhaft und verbesserungsbedürftig gezeigt —, das Grundsystem derselben ist ein richtiges und wohlthätig wirkendes, und so lange das amerikanische Volk nicht aus bedeutend besseren Elementen besteht als jetzt, wäre jede wesentliche Aenderung dieses Systems gefahrbringend für den Fortbestand der Republik. Jede Agitation für Abschaffung der Präsidentschaft und des Zweikammersystems ist nicht nur verfrüht, sondern absolut schädlich, und es ist sehr zu bedauern, daß so viele Kraft, die nützlich verwandt werden könnte, sich in den nutzlosen Bestrebungen radikaler Reformen aufreibt. Von einer Zustimmung des amerikanischen Volkes zu einer solchen Umwälzung, wie sie der „Bund der Radikalen“ und andere exaltirte Köpfe für wünschenswerth halten, ist ohnedies keine Rede. Es wäre daher weit zweckmäßiger und würdiger, wenn man in Amerika sein Augenmerk auf solche Verbesserungen der Bundeskonstitution richtete, die praktisch durchführbar sind, und nicht Zeit und Mühe an resultatlose Bestrebungen und Ideale verschwendete. In dieser Beziehung wird in englisch-, wie in deutsch-amerikanischen Blättern vorzugsweise auf zwei Uebelstände hingewiesen, zu deren Abänderung auch bereits im Kongresse Gesetzesvorschläge eingereicht worden sind.

Der eine dieser beiden Uebelstände, die das Repräsentantenhaus des Kon-

grefses betreffen, ist in jüngster Zeit hinsichtlich des Reichstages auch in Deutschland zur Sprache gekommen und bezieht sich auf die Häufigkeit und lange Dauer der Kongressitzungen, die das Land nie zur Ruhe kommen lassen. Da ist nun der Vorschlag gemacht worden, daß der Kongreß in je zwei Jahren nur eine Sitzung hätte, die etwa vom 15. Oktober bis zum 1. Juni des kommenden Jahres dauerte. Fast in allen Einzelstaaten der Union hat man bereits für die Staatslegislatur eine solche oder ähnliche Einrichtung getroffen und befindet sich wohl dabei. Das Mittel einer Extra-sitzung bliebe für den Nothfall noch immer vorhanden. Natürlich würde eine solche Aenderung, die auch von liberaler Seite befürwortet wird, um so leichter durchzuführen sein, wenn man die Geschäfte des Kongresses vereinfachte, und dies ließe sich — so urtheilen einflußreiche und angesehenere republikanische Blätter — in vielfacher Hinsicht bewerkstelligen, wenn man die Spezial- und persönliche Gesetzgebung der Thätigkeit des Kongresses mehr entzöge. Für solche Spezialgesetze, meint man, könnten eigene, unter der Aufsicht des Kongresses stehende Behörden geschaffen werden. Jetzt wird gerade an solche Dinge eine Masse Zeit verschwendet, so daß der Kongreß oft mehr wie ein großer politischer Debattirklub, als wie eine gesetzgebende Körperschaft erscheint. „Wenn der Kongreß nur für legislative Zwecke einmal in zwei Jahren zusammenträte,“ schrieb kürzlich die „Westliche Post“, „so würde er viel eher seinen wirklichen Geschäften obliegen. Auch eine Bestimmung, daß gewisse gesetzgeberische Akte, z. B. Besteuerungs-Angelegenheiten und ähnliche Dinge, stets auf einen längern Zeitraum, etwa auf vier Jahre, gelten müßten, innerhalb deren sie nicht widerrufen werden dürften, wäre von Nutzen. Es ergibt sich überhaupt da eine Menge von nützlichen Folgen, und eine Reihe selbstverständlicher Reformen drängt sich auf, die jetzt schwierig ausführbar erscheinen, mit einer solchen Aenderung aber fast von selbst kämen.“

Der zweite der erwähnten Uebelstände ist ein solcher, daß ihm unter allen Umständen ein Ende gemacht werden müßte. Wir meinen die Wahl der Kongreßmitglieder, die gegenwärtig ungefähr dreizehn Monate eher stattfindet, als die Gewählten ihr Amt antreten. Die regelmäßige Sitzung des 46. Kongresses beginnt z. B. im nächsten Dezember, seine Mitglieder aber wurden im vorigen November, zum Theil schon im vorigen Oktober gewählt; seitdem hat sich natürlich eine solche Wandlung in den politischen Anschauungen vollzogen, daß die Wahlen, würden sie jetzt vorgenommen, ein ganz anderes Resultat ergeben würden, und es ist nicht das erste Mal, daß dem so ist. Das Verkehrte dieser Einrichtung liegt auf der Hand. Noch schlimmer aber ist der Umstand, daß die Schlußsitzung eines Kongresses stattfindet, nachdem sein Nachfolger schon gewählt ist. Dadurch entsteht die Gefahr, daß solche Kongreß-

mitglieder, die vom Volke nicht wieder gewählt wurden, in jener Schlußsitzung sich mehr um ihr eigenes Interesse, als um das ihrer Konstituenten oder des Landes überhaupt kümmern. Da kommen dann die „Jobs“ und Bestechungsgeschichten, die eine so schmachvolle Rolle in der amerikanischen Kongreßgeschichte spielen. Wenn die Kongreßrepräsentanten im September gewählt würden und dann am 15. Oktober desselben Jahres zusammenträten, so wäre dem abgeholfen. Warum hier keine Aenderung vorgenommen worden, ist schwer zu begreifen. Vielleicht ist es nur die Scheu des Amerikaners vor Verfassungs-Abänderungen überhaupt, die hier bis jetzt eine Reform verhindert hat. Für eine solche Reform zu wirken, wäre gewiß eine lohnende Aufgabe für den „Bund der Radikalen“, und Tausende von denkenden Bürgern würden sich ihm dabei anschließen, während sie jetzt nichts mit ihm zu thun haben wollen, da er fast nur utopischen Dingen nachjagt.

Käme zu den angedeuteten Abänderungen der Verfassung noch die Verlängerung des Präsidentschaftstermins von vier auf sechs Jahre unter dem Verbot den unmittelbaren Wiederwahl, so wäre auch dies wohl zu erreichen, denn es läßt sich Vieles dafür sagen. Ein dahin gehender Vorschlag liegt seit Jahren dem Kongresse vor. Ebenso sollte man darauf dringen, daß endlich der Zählungsmodus der für die Präsidentschaftskandidaten abgegebenen Stimmen in verständiger und unparteiischer Weise abgeändert und geregelt würde. Ist die Union schon im Jahre 1877 bei der Wahl des Präsidenten Hayes fast nur durch einen glücklichen Zufall den ärgsten Wirren, vielleicht einem Bürgerkriege entgangen, so stehen ihr für das Jahr 1881 in Folge der mangelhaften Bestimmungen über den Zählungsmodus ähnliche Gefahren sicher bevor. Die demokratische Partei leugnet es gar nicht, daß sie alle Vortheile benutzen werde, die ihr aus jener Mangelhaftigkeit der Verfassung entspringen. Im nächsten Winter werden sich die beiden großen Parteien, die Republikaner und die Demokraten, im Kongresse in nahezu gleicher Stärke gegenüberstehen, wie das nur selten der Fall ist. Sollte das nicht gerade die beste Zeit und Gelegenheit sein, solche Bestimmungen festzusetzen, ohne daß die eine Partei ungebührlich für ihren eigenen Vortheil sorgt? Es dürften doch noch so viele Ehrenmänner unter den Demokraten im Kongresse zu finden sein, daß sie in einer so wichtigen Frage in Gemeinschaft mit den Republikanern das Parteiinteresse dem Interesse der ganzen Republik unterordnen.

Im Juni d. J. machten übrigens auch die Sozialdemokraten in den Vereinigten Staaten wieder einmal von sich reden. Es wurden große Parteidemonstrationen in Form von allgemeinen Strikes in Aussicht gestellt, und das Kommunistenblatt, die „New-Yorker Volkszeitung“, ließ sich also vernehmen: „Wir glauben es offen sagen zu müssen, und jeder unserer Gesinnungsgenossen

sollte von der Thatfache überzeugt sein: Die bevorstehenden Demonstrationen sind eine Heerschau — Vorläufer von ernstern Dingen, die da kommen sollen, und zwar vielleicht früher, als irgend Jemand erwartet. Und wie in einer wirklichen Heerschau keiner der Krieger fehlen darf, ohne als Deserteur behandelt zu werden, so darf auch bei einer Kundgebung, wie die am 4. Juli d. J. bevorstehende, kein Sozialist, dem es nur irgend möglich ist, sich daran zu betheiligen, in den Reihen seiner Gesinnungsgenossen fehlen.“ Die Kommunisten in Amerika haben denn auch an verschiedenen Orten den 4. Juli, den Tag der Unabhängigkeits-Erklärung, zu Parteidemonstrationen benutzt, die jedoch im ganzen ziemlich harmlos ausfielen. Das unsinnige Haranguiren der „New-Yorker Volkszeitung“ hat nur die bösen Absichten der Führer der Sozialdemokraten und Kommunisten enthüllt, die Masse der unzufriedenen Elemente aber verhielt sich verhältnißmäßig ruhig und that recht daran; denn so geduldig und langmüthig auch der Amerikaner einem politisch andersdenkenden gegenüber zu sein pflegt, so hat er doch mit Unruhestiftern und Aufwieglern kein Mitleiden und keine Gnade, sondern schießt sie, wie die New-York Tribune gelegentlich sagte, nieder „wie tolle Hunde“.

Nicht ohne Interesse dürfte es sein, einen Blick auf das Steuerwesen der Vereinigten Staaten zu werfen, wobei wir einen auf offiziellen Quellen sich stützenden Artikel der Princetown Review zu Grunde legen. Im Jahre 1866 betrug die Schuld von 130 amerikanischen Gemeinwesen 221 312 309 Doll.; zehn Jahre später, 1876, war diese Schuld auf 644 378 663 Doll. gestiegen. In diesen Zeitraum fällt allerdings die bekannte Schwindelperiode, aber die Schuld der 130 Gemeinden stieg auch nahezu um das Dreifache, während sich der Schätzungswert des Eigenthums in den 130 Gemeinwesen in den genannten beiden Jahren nur wie 1 zu 2 verhielt, nämlich im Jahre 1866: 3 451 619 381 Doll., zehn Jahre später aber 6 175 682 158 Doll. Die jährliche Besteuerung betrug im Jahre 1866: 64 060 914 Doll., im Jahre 1876 aber 112 711 275 Doll., während sich die Bevölkerung in dem ersteren Jahre auf 5 919 914 Köpfe, in dem letzteren auf 8 576 249 belief. Es stieg mithin die Schuld um 200 Proz., die Besteuerung um 83 Proz., die Eigenthumserschätzung um 75 Proz. und die Bevölkerung nur um 33 Proz. Dies Resultat ist nicht sehr erfreulich. Die Princetown Review bringt auch Berichte für das Jahr 1878 aus 11 Unionsstaaten, und zwar aus: New-York, Massachusetts, Illinois, Ohio, Wisconsin, Minnesota, Kansas, Missouri, Connecticut, Georgia und Rhode Island. In diesen Staaten beliefen sich die Municipalschulden im letztverflossenen Jahre zusammen auf 286 179 060 Doll.; der abgeschätzte Eigenthumswert war im Jahre 1870: 7 172 148 179 Doll. und 1878 nur 9 333 696 515 Doll. Die Hauptschuld ruht auf den Städten, wo deren Zunahme gleich 200 Proz.

ist, während die Schuld der Landschaft um nicht ganz 100 Proz. gewachsen ist. Die Schuld aller Gemeinden in den Vereinigten Staaten, also ohne die Schulden der Nation und die der einzelnen Unionsstaaten, welche letztere schwer festzustellen sind, schätzt die oben genannte Zeitschrift auf die ungeheure Summe von 1051106112 Doll. Die Zinsen hiervon belaufen sich — nur zu 6 Proz. gerechnet, was sehr niedrig angenommen ist — jährlich auf mehr als 60 Millionen Doll. Rechnet man hierzu noch die Kosten der Landesregierung, die Nationalschuld, sowie die Kosten und Schulden der einzelnen Bundesstaaten und deren Regierungen, so wird man begreifen, daß diese dreifache Steuerlast, welche auf den Schultern der Bürger der Vereinigten Staaten ruht, keine geringe ist, und daß die Finanzfrage zu den brennendsten Fragen in der großen transatlantischen Republik gehören muß.

Wir schließen hieran einige Bemerkungen über die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten. Auf mehrfaches Verlangen ist kürzlich von den Beamten des Bundesschatzamt in Washington City folgende Aufstellung der finanziellen Operationen der Unionsregierung und ihrer Resultate in Beziehung auf Verminderung der nationalen Schuld, der Zinsen u. s. w. veröffentlicht worden:

Verminderung der zinszahlenden Schuld.

Ganze zinszahlende Schuld in ihrem höchsten Stande am 31. August 1865	2 381 530 294 Dollars 96 Cents
Ganze zinszahlende Schuld nach Vollenbung der jüngsten Finanzoperationen am 1. August 1879	1 797 643 700 " — "
Verminderung	583 886 594 " 96 "
Jährliche Zinsen am 31. August 1865	150 977 697 " 87 "
Jährliche Zinsen am 1. August 1879	83 773 778 " 50 "
Verminderung	67 203 919 " 37 "

Verminderung der Schuld überhaupt.

Höchster Stand am 31. August 1865	2 756 431 571 Dollars 43 Cents
Höchster Stand am 1. Juni 1879	2 037 182 468 " 19 "
	719 249 103 " 24 "
Verminderung der Schuld seit dem Beginn der jetzigen Administration	61 598 674 Dollars 85 Cents
Jährliche Ersparnisse an Zinsen in Folge der Refundierung Zinsen für Bonds, die zum Zwecke der Baarzahlung angekauft wurden	14 297 177 " — "
	3 925 000 " — "
Genauer Betrag der jährlichen Ersparniß an Zinsen	10 372 177 Dollars — Cents.

Mit einem solchen Resultate kann die Administration des Präsidenten Hayes wohl zufrieden sein, ebenso die republikanische Partei, welche bekanntlich seit 1861 in den Vereinigten Staaten an der Herrschaft ist und sich die Aufgabe gestellt hat, die Schulden der Union, welche durch den von der demokratischen Partei heraufbeschworenen Bürgerkrieg veranlaßt wurden, zu vermindern. Nach der obigen offiziellen Aufstellung ist das Ergebnis der republikanischen

nischen Finanzwirtschaft: Die Abnahme der Nationalschuld seit 1865 um nahezu 600 Millionen, die Abnahme derselben seit dem 4. März 1877, dem Tage des Amtsantrittes des Präsidenten Hayes, um fast 62 Millionen, und namentlich die Reduktion des Zinsfußes allein seit einem Jahre, die jährlich 10 Millionen, also in zehn Jahren 100 Millionen Dollars bringt. Das sind positive, unbestreitbare Errungenschaften, und zwar Errungenschaften, welche die Administration des Präsidenten Hayes und die republikanische Partei trotz der Gegenanstrengungen der demokratischen Partei durchgesetzt haben. Wäre die Wiederaufnahme der Baarzahlung, wie es die Demokraten wollten, unmöglich gemacht worden, dann konnte von einer Verminderung des Zinsfußes der nationalen Schuld keine Rede sein. Das Kapital der Schuld wäre dann auch nicht in einem solchen Maße vermindert worden, man hätte denn, wie die Papiergeldleute es vorhaben, durch Repudiation, d. h. durch Verweigerung einer ehrlichen Schuldabzahlung, die Ehre des amerikanischen Volkes verschachern müssen.

In der Finanzfrage steht nach dem Gesagten die Partei der Republikaner auf einer gesunden und soliden Basis, auf der der Klugheit, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, und es begreift sich, wenn sie bemüht ist, diese Frage nicht nur bei den nächsten Herbstwahlen in einigen Einzelstaaten, sondern auch bei der im kommenden Jahre stattfindenden Präsidentenwahl als den eigentlichen Issue, d. h. den Kardinalpunkt, um den sich der ganze Wahlkampf dreht, hinzustellen. Während die Republikaner die Politik des Hartgeldes und der ehrlichen Abzahlung der Nationalschuld verfolgen, begünstigen ein großer, wenn nicht der größte Theil der demokratischen Partei und die Greenbackler die sogenannte „Inflationstheorie“, d. h. die unendliche (illimited) Vermehrung des Silber- und Papiergeldes. Das letztere Ziel verfolgte u. a. auch die in der letzten Extra Sitzung des Kongresses eingebrachte, aber noch nicht zum Abschluß gekommene Bill des Herrn Warner. Da über diese Warner-Bill bei Vielen eine ganz irrige Meinung vorwaltet, weil man sie oft die „Silberbill“ nennen hört, so dürfte eine kurze Erklärung derselben am Platze sein, umso mehr als diese Bill in der nächsten Kongresssitzung zur Sprache kommen wird. Die Bill des Herrn Warner ist in Wahrheit gar kein Gesetzesvorschlag über Metall. Sie würde nämlich nicht nur die Prägung des Silberdollars nicht vermehren, sondern sie würde dieselbe verhindern. Sie würde keine weiteren Silberdollars in Umlauf bringen, sie triebe im Gegentheil alle Münzen aus der Zirkulation. Die Bill gibt erstens keine weitere Anregung zum Ausprägen von Silber, auch keinen weitem Kanal, durch welchen Silbermünze in Umlauf gesetzt werden könnte, sie schafft im Gegentheil eine Menge von Papiernoten, die für Silber, welches man in den Bundesmünzstätten deponirt, ausgestellt werden.

Der Werth dieser Noten würde sich stets nach dem Marktwert der Silberbullions (d. i. Silberbarren) richten, so daß Niemand etwas gewinnen könnte, wenn er Risiko und Kosten des Sammelns, Münzens, Transportirens und Mitschleppens des schweren Metalls anstatt der bequemen Papiernoten übernehme. Es ist also klar, daß durch den besagten Gesetzesvorschlag die Silberzirkulation nicht vermehrt würde; seine einzige Wirkung wäre die, daß die Vereinigten Staaten alles ihnen angebotene Silber kaufen müßten; sie gäben ihre Noten dafür, und diese Noten allein kämen in Umlauf. Zweitens würde die zum Gesetz erhobene Warner-Bill fast alle andere Münze ebenfalls von der Zirkulation abhalten, ebenso alle nicht in Silber einlösbaren Noten, denn die Menge der Noten wäre unbegrenzt, und sie wären gesetzliches Zahlungsmittel für Alles. Das Gold ginge aus dem Lande, diejenigen Schatzamtnoten, die jetzt in Gold zahlbar sind, würden in Silber zahlbar werden und deshalb auf den Silberwerth herabsinken. In kurzer Zeit würde die Unionsregierung gezwungen sein, ihre Schulden, selbst die Zinsen der Goldbonds, in solchen Silbernoten zu bezahlen, denn sie erhielte von den Bürgern in Bezahlung der Zölle und Steuern auch nichts Anderes. Und gerade im Verhältniß zu der Entwerthung dieser Noten müßten auch die Bundesschuldscheine sinken, sie würden also bis zu einem gewissen Grade repudirt. Endlich geht der Hauptzweck der Warner-Bill dahin, den Werth der ganzen Papiergeldzirkulation von den Operationen einiger Bullionmakler und Silberminenbesitzer im Markte abhängig zu machen. Diese Leute würden den Preis des Silbers kontrolliren, Tag für Tag, und diesen dann in die Höhe treiben, wenn immer sie große Quantitäten davon an die Bundesregierung abzuliefern hätten. Eine solche Bill eine „Silberbill“ zu nennen ist Betrug und Spekulation auf Unverstand und Unwissenheit; sie ist eine Maßregel der Repudiation, die nur den Papiergeldschwindlern und den Besitzern von reichen Silberminen zu gute kommt. Diese Sorte von Leuten aber ist gegenwärtig bemüht, die unwissende Masse des amerikanischen Volks gegen die Hartgeldpolitik aufzuheizen. Tausende von Pamphleten und Flugchriften unter dem Titel: Meat for Men und Hot Drops werden nach allen Richtungen hin verkauft oder verschenkt, um die leichtbetheuerte Volksmenge für die unendliche Vermehrung des Papiergeldes zu gewinnen. Unter diesen Umständen ist die kürzlich erfolgte Bildung eines „Vereins für ehrliches Geld“ (Honest Money League) mit Freuden zu begrüßen. Dieser Verein hat sich seinerseits die Aufgabe gestellt, durch Vertheilung populär gehaltener und billiger Volksschriften über Finanz- und wirtschaftliche Fragen das Volk aufzuklären. So gehen denn gegenwärtig die Wogen des Kampfes in der Finanzfrage in den Vereinigten Staaten sehr hoch; die Partei der Republikaner ist, wie gesagt, in geschlossenen Reihen für ehr-

liches Geld und ehrliche Abzahlung der Nationalschuld, der größte Theil der Demokraten aber und alle Greenbackler sind für unbegrenzte Vermehrung des Papiergeldes und für Repudiation. Die Hayes-Administration steht auf Seiten der Republikaner, die hoffentlich in den Herbstwahlen d. J., sowie 1880 in der Präsidentenwahl den Sieg davontragen werden. Die Deutsch-Amerikaner sind fast ohne Ausnahme Hartgeldleute.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Zunahme des deutschen Elementes in der nordamerikanischen Union. Nach zuverlässigen Ziffern, welche der New-York Herald vor einiger Zeit aus dem Gesundheits-Amte der Stadt New-York erhalten hatte, befanden sich nach dem Zensus von 1875 unter der Bevölkerung jener Stadt 199 084 in Irland und 165 021 in Deutschland geborene Personen. Von den 97 973 Kindern, welche in den vier Jahren von 1875 bis 1879 in New-York geboren wurden, hatten aber 39 528 deutsche und nur 20 269 irische Väter. Während der genannten vier Jahre wurden in New-York 23 600 Ehen geschlossen. Die eingeborenen Amerikaner bilden das zahlreichste Bevölkerungselement der Stadt, auf sie kommen 8 732 oder 37 Prozent jener Ehen; dann kommen die Deutschen mit 7 689 Ehen oder 33½ Prozent, dann die Irländer mit 2 510 Ehen oder 11 Prozent, und schließlich die übrigen Nationalitäten. Ehen zwischen Deutschen und Amerikanerinnen gehören nicht zu den Seltenheiten. Von 3 304 Amerikanerinnen, die im Jahre 1875 in New-York in den Ehestand traten, heiratheten 2 103 Amerikaner, 656 Deutsche und nur 176 Irländer. Die vom New-York Herald beigebrachten Zahlen ergeben im wesentlichen also folgende Thatfachen: Die Deutschen in New-York nehmen hinsichtlich ihrer Zahl unter den Nationalitäten, welche die Bevölkerung jener Stadt zusammensetzen, die dritte Stelle ein. Ihnen an Zahl überlegen sind die eingeborenen Amerikaner und die Irländer. Hinsichtlich der Zahl der Heirathen erringen die Deutschen die zweite Stelle und stehen nur den Amerikanern nach, welche ein verhältnißmäßig viel stärkeres Bevölkerungselement bilden. Hinsichtlich der Nachkommenschaft nehmen die Deutschen die erste Stelle ein. Obwohl an Zahl schwächer als die Amerikaner und Irländer, ist ihre Nachkommenschaft fast ebenso zahlreich, wie die jener beiden Nationalitäten zusammengenommen. Von je 1 000 Kindern werden 403 von Deutschen, und 448 zusammen von amerikanischen und irischen Eltern geboren. Da sich nun ein ähnliches Zahlenverhältniß überall in den Vereinigten Staaten, wo Deutsche in größerer Anzahl beisammen wohnen, herausstellt, so ist an ein Verschwinden des Deutschthums in der nordamerikanischen Union nicht wohl zu denken, vielmehr wird dasselbe, auch wenn die Einwanderung nachlasse, was jedoch kaum anzunehmen ist, im Laufe der Zeit eine immer hervorragendere Rolle im amerikanischen Volksleben spielen.